

## **Die Strafsache ./ Rumsfeld, Donald u. a.**

Am 29. November 2004 erstattete der Berliner Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe Strafanzeige gegen US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, den ehemaligen CIA-Direktor George Tenet, Generalleutnant Ricardo S. Sanchez und zunächst sieben, später acht weitere hochrangige US-Militärs und zivile Vorgesetzte wegen Kriegsverbrechen und Folterungen im irakischen Gefängnis Abu Ghraib. Im Namen des US-amerikanischen Center for Constitutional Rights (CCR) und vier irakischen Staatsbürgern, die Opfer der Folterungen geworden waren, legte der Vorsitzende des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV e.V.) auf 170 Seiten minutiös dar, inwieweit sich die Genannten wegen Kriegsverbrechen gegen Personen im Sinne der § 8 Abs. 1 Nr. 3, 9 VStGB, teilweise in Tateinheit mit Verletzung der Aufsichtspflicht nach § 13 VStGB und dem Unterlassen der Meldung einer Straftat im Sinne des § 14 VStGB und in Tateinheit mit Gefährlicher Körperverletzung gemäß §§ 223, 224 Nr. 2 und Nr. 4 StGB begangen in Mittäterschaft (§ 25 II StGB), Mittelbarer Täterschaft (§ 25 I StGB) und als zivile und militärische Vorgesetzte gemäß § 4 VStGB strafbar gemacht haben. Im Folgenden schlossen sich weitere 13 Betroffene sowie die Internationale Liga für Menschenrechte (FIDH, Paris) und die Organisationen Lawyers against the War (Vancouver) und International Legal Resources Center (Montreal) sowie der RAV der Strafanzeige an.

### **Der Gang der Strafanzeige**

Damit handelt es sich bei der Strafanzeige um den ersten ernsthaften Versuch, ein Strafverfahren auf Grundlage des 2002 von der rot-grünen Bundesregierung als Prestigeobjekt erarbeiteten und im gleichen Jahr in Kraft getretenen deutschen Völkerstrafgesetzbuches (VStGB) in Gang zu setzen. Entsprechend groß waren die Reaktionen in Medien und Öffentlichkeit, die sogar dazu führten, dass US-Verteidigungsminister Rumsfeld seine Teilnahme an der Münchener

Sicherheitskonferenz am 11. Februar 2005 für den Fall absagte, dass zu diesem Zeitpunkt der Anschein von Ermittlungen gegen ihn bestünde.

Mit Schriftsatz vom 10. Februar 2005 teilte der Generalbundesanwalt sodann mit, dass er der Anzeige keine Folge geben werde. Begründet wurde dies, ohne Prüfung in der Sache, durch eine unzulässig weite Auslegung der Subsidiaritätsregel des § 153 f StPO. Der GBA stellte in seinem Beschluss im Wesentlichen darauf ab, dass entweder kein Inlandsaufenthalt zu erwarten wäre oder, wenn doch, dass dann vorrangig die US-amerikanische Strafverfolgung zuständig sei, da eine deutsche Zuständigkeit nur subsidiär gegeben sei. Da in den USA schon Strafverfahren gegen (unterrangige) Militärangehörige wegen den Folterungen in Abu Ghraib anhängig sind, sei eine Strafverfolgung durch die deutschen Behörden nachrangig und könne damit unterbleiben. Nach einer umfänglichen Gegenvorstellung der Anzeigerstatter zu der rechtsfehlerhaften Entscheidung des Generalbundesanwalts wurde am 19. Juli 2005 beim OLG Stuttgart Antrag auf gerichtliche Entscheidung im Rahmen eines Klageerzwingungsverfahrens beantragt, um so die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens durch den Generalbundesanwalt zu erzwingen. Damit haben die Anzeigerstatter einmal mehr nicht nur politisches, sondern auch juristisches Neuland betreten, da die im Raum stehenden Rechtsfragen bislang noch in keinem Fall entschieden wurden. Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung wurde daher mit der Anregung verbunden, die strittigen Rechtsfragen dem Bundesverfassungsgericht nach Art. 100 GG zur Klärung vorzulegen.

Mit Beschluss vom 13. September 2005 verwarf das OLG Stuttgart den Antrag als unzulässig und bestätigte im Wesentlichen die Argumentation des Generalbundesanwalts.

### **Zur politischen und juristischen Einschätzung**

Die Entwicklung des internationalen bzw. Völkerstrafrechts ist derzeit von zwei gegenläufigen Tendenzen geprägt: Einerseits läutete die Arbeitsaufnahme des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) in Den Haag am 1. Juli 2002 für viele Menschenrechtsorganisationen ein neues Zeitalter für die juristische Verfolgung von

Menschenrechtsverbrechen ein. In Deutschland und anderen Staaten wurden darüber hinaus im nationalen Recht weitreichende Möglichkeiten der Strafverfolgung von internationalen Menschenrechtsverbrechen neu geschaffen. Andererseits lassen die derzeitigen Entwicklungen die Zweifel überwiegen: In Spanien und Belgien, wo die Strafverfolger als erstes massiv gegen ausländische Menschenrechtsverletzer ermittelten, wurden die Gesetze aufgrund großen politischen Drucks eingeschränkt.

In dieses Spannungsfeld zwischen Rechtslage und Realpolitik muss auch der bisherige Umgang der deutschen Strafverfolgungsbehörden mit der Strafanzeige gegen US-Verteidigungsminister Rumsfeld u. a. eingeordnet werden. Einerseits war es das erklärte Ziel der rot-grünen Bundesregierung, mit der Einführung des Völkerstrafgesetzbuches ein Instrument zu schaffen, mit dem schwerste Menschenrechtsverbrechen auch unabhängig von einem Bezug zu Deutschland von deutschen Strafverfolgungsbehörden verfolgt werden können, ohne dass hierbei politische Einflussnahme ausgeübt werden kann. Andererseits ist offensichtlich, dass die gegenüber dem Generalbundesanwalt weisungsbefugte Bundesregierung aus politischen Gründen keinerlei Interesse an einem Strafverfahren gegen hochrangige US-Militärs und Politiker hat. Dies ist nicht zuletzt daran deutlich geworden, dass die Ablehnung der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens genau einen Tag vor der Münchener Sicherheitskonferenz erfolgte, so dass dem US-Verteidigungsminister Rumsfeld die Teilnahme ermöglicht werden konnte.

Auch insgesamt hat der Umgang mit der Strafanzeige deutlich gemacht, dass die Frage, ob deutsche Ermittlungsbehörden ein solches Verfahren einleiten, trotz der Einführung des Völkerstrafgesetzbuches nach wie vor eine politische Entscheidung ist. So hat die Einreichung der Strafanzeige zum einen einige Betriebsamkeit im Regierungsapparat ausgelöst, wie mit der Strafanzeige umgegangen werden soll. Andererseits war die Arbeit des Generalbundesanwalts einzig und alleine davon bestimmt, einen juristischen Weg zu konstruieren, um das politisch gewünschte Ziel zu erreichen. So wurde bspw. das Akteneinsichtsgesuch mit der Feststellung beantwortet, dass die Akte ohnehin nur die ausgetauschten Schriftsätze und darüber hinaus kein weiteres Blatt umfasse. Das Ergebnis dieser Arbeit kann gleichwohl weder

rechtlich noch tatsächlich überzeugen: Die ablehnende Begründung des Generalbundesanwalts ist juristisch betrachtet nicht haltbar und in ihrer Konstruktion ganz offensichtlich von der Notwendigkeit der Erreichung des politisch gewünschten Ziels geleitet. Tatsächlich besehen war immer deutlich und ist immer weniger zu leugnen, dass eine ernsthafte Strafverfolgung der in Rede stehenden Taten wie auch der eigentlich Verantwortlichen in den USA nicht stattfindet. Hiervon kann auch die Produktion von Bauernopfern in Person von einigen zur Rechenschaft gezogenen Soldatinnen und Soldaten nicht ablenken.

Tobias Singelstein, Peer Stolle

Einzelheiten, Dokumente etc. sind zu finden unter [www.rav.de](http://www.rav.de)

Der RAV und die Holtfort-Stiftung haben die Strafanzeige auch im Eigenverlag mittlerweile veröffentlicht. Zu beziehen über den RAV.